



Bischof Diarmuid Martin

Ethische Überlegungen zur Frage der Auslandsverschuldung

Vortrag bei der Mitgliederversammlung des Deutschen Katholischen Missionsrates am 18. Juni 1999 in Würzburg

Isst es realistisch im Zusammenhang mit dem Jubiläum einen Nachlass der Auslandsschulden zu fordern, oder handelt es sich dabei nur um einen gut gemeinten frommen Wunsch? Diese Frage haben wahrscheinlich auch Sie oft gehört. Menschen erklären mir in der Tat, sie könnten Johannes Paul II. verstehen, wenn er in Tertio millennio adveniente an die reichen Nationen appelliert, „an eine Überprüfung, wenn nicht überhaupt an einen erheblichen Nachlass der internationalen Schulden zu denken, die auf dem Geschick vieler Nationen lasten“ (Nr. 51). Der Papst spreche schließlich als religiöser Führer, sagen sie. Sie fügen aber sofort hinzu, wer in der „realen Welt“ lebe, habe diese Frage pragmatisch und realistisch anzugehen.

Ich habe das Gefühl, daß manche, die die Frage der Verschuldung zum zentralen Thema des Jubiläums und ihrer Überlegungen gemacht haben, zu solchen Mißverständnissen beigetragen haben. Nun werden Sie sich fragen: Wer hat denn zu einer Konferenz zum Thema Schuldenerlass eingeladen? Wie kann er denn behaupten, die Frage der Verschul-

dung sei nicht die entscheidende? Ich will es im folgenden erklären.

Der Nachlass der Schulden ist in der Sicht des Alten Testaments vom Jubeljahr in der Tat kein Ziel in sich selbst. Wer diesen Punkt des Jubiläums daher in der heutigen, ziemlich komplexen Welt aufgreift, darf den bedingungslosen Schuldenerlass nicht als Ziel betrachten, das um seiner selbst willen erreicht werden muss. In der Sicht des Jubiläums geht es in erster Linie um die Wiederherstellung einiger ursprünglicher Beziehungen: zwischen den Menschen und der übrigen Schöpfung. Johannes Paul II. stellt in der Tat fest, dass die Vorschriften für das Jubeljahr „mehr eine Hoffnung als eine konkrete Verwirklichung“ (TMA, 13) waren.

Das heißt aber nicht, dass eine solche Sicht heute irrelevant ist – auch nicht, wenn man in der heutigen Zeit äußerst realistisch und pragmatisch denkt. Der Papst erklärt, dass „sich auf der Grundlage der in ihnen (den Vorschriften) enthaltenen Rechtsnormen eine bestimmte Soziallehre abzuzeichnen begann“ (ebd.). Sie sollen, wie der Papst sagt,


„die Gleichheit zwischen allen Söhnen und Töchtern Israels“ (ebd.), das heißt die recht-mäßige Gleichheit in den menschlichen Beziehungen wiederherstellen. Dieser weitere Kontext der menschlichen Beziehungen, die konkrete Situation von Männern, Frauen und Kindern, bildet stets den Rahmen für eine Überprüfung der Frage der Verschuldung.

Heute heißt dies konkret, dass wir die Frage der Verschuldung im Hinblick auf eine neue Struktur internationaler Zusammenarbeit und Entwicklung erörtern müssen. Damit meine ich die Frage, wie die internationale Gemeinschaft das Problem der anhaltenden Armut in der heutigen Wohlstandswelt effektiv bewältigen und wie sie die zunehmenden Ungleichheiten zwischen den Nationen und innerhalb der Nationen überwinden kann. Die Bedeutung des Schuldenerlasses ist nur innerhalb der allgemeinen Sicht des Jubiläums als Wiederherstellung der Gleichheit aller Menschen und Völker zu verstehen. Die internationale wirtschaftliche Entwicklung ist in erster Linie eine Entwicklung des Menschen. Wenn die Nachrichten im Fernsehen über die Wirtschaftskrise in Ostasien berichten, zeigen sie gewöhnlich Bilder von der Wall Street oder der Londoner Börse oder von internationalen Büros, wo über die wirtschaftliche Stabilität diskutiert wird. Nur selten lenken sie unsere Aufmerksamkeit auf die riesige Zahl von Menschen, die infolge dieser Krisen in äußerste Armut geraten sind: Männer und Frauen, die gerade neue Hoffnung für ihre Zukunft und die Zukunft ihrer Kinder geschöpft hatten, müssen mit ansehen, wie diese innerhalb von einigen Wochen wieder zerstört wurden.

Wenn die Frage der Verschuldung der ärmeren Länder nicht bald gelöst wird, werden diese Länder nie in der Lage sein, das Problem der Armut nachhaltig zu bewältigen. Ich möchte in diesem Zusammenhang den Begriff nachhaltig betonen. Was meine ich damit?

- ◆ Man muss nach Wegen suchen, wie man den ärmeren Ländern helfen kann, endgültig aus dieser Schuldenkrise herauszukommen. In der Vergangenheit hat man sich allzu oft mit Übergangslösungen begnügt. Diese konnten aber keine Abhilfe schaffen. Solche Lösungen sind daher in Zukunft nicht mehr akzeptabel und dürfen nicht mehr vorgeschlagen werden. Festzuhalten ist, dass einige Vorschläge von G7-Staaten aus jüngerer Zeit oft nur dazu dienten, „das eigene Image aufzupolieren“. Dieser „Schönheitswettbewerb“ konnte aber keine ernsthafte Lösung des Problems bringen. Wenn es beispielsweise in einigen G7-Staaten heißt, die Vorschläge würden den Steuerzahler nur wenig oder überhaupt nichts kosten, dann beginnt man dort aufrichtig darüber nachzudenken, dass es hier eher um Buchhaltung, als um reale Schuldenerlassprogramme geht.
- ◆ Ich meine damit die Einführung von Währungs-, Wirtschafts- und Sozialreformen, welche die ärmeren Länder von ihrer Abhängigkeit von der Entwicklungshilfe befreien und es den Bürgern dieser Länder erlauben, die Verantwortung für ihr eigenes Leben zu übernehmen. Dann gingen die Früchte ihrer Arbeit und die Zinsen ihrer Ersparnisse nicht verloren.
- ◆ Ich meine damit ein neues Entwicklungsmodell, in dem die wirtschaftlichen und sozialen Komponenten, sowie auch die Bewahrung der Schöpfung als integrale Bestandteile betrachtet werden.

Dies setzt bei den ärmeren Ländern allerdings die Bereitschaft voraus, ihre Wirtschaft transparenter und effizienter zu gestalten. Sie müssen eine angemessene Sozialpolitik betreiben und für dauerhafte Investitionen im sozialen Bereich bürgen. Man sagt aber oft einfach nur, die ärmeren Länder müssten dies oder jenes tun und übersieht dabei, dass sie kurzfristig nicht dazu in der Lage sind. Will man Vorschläge zum Schuldenerlass er-



arbeiten, muss man neue Modelle finden, damit der Schuldenerlass in sozialen Fortschritt mündet. Dies ist nur möglich, wenn die Menschen der sogenannten ärmeren Länder und die Organisationen der Zivilgesellschaft in den Sanierungs- und Entwicklungsprozess einbezogen werden. Dies ist ein wichtiger Aspekt, der nicht den Sachbearbeitern im Finanzministerium überlassen werden darf. Es muss einen viel weiteren Kreis von Menschen aktiv einbeziehen.

Wenn ich von der Verantwortung der ärmeren Länder spreche, dann möchte ich auch die Frage der Militärausgaben kritisch erörtern. Die Zusammenhänge zwischen bewaffneten Konflikten und Armut liegen klar auf der Hand. Leider haben auch einige schwer verschuldete arme Länder (HIPC = Heavily Indebted Poor Countries) nach Eintritt in das Schuldenerlassprogramm ihren Militärhaushalt erhöht. Wir haben gerade erörtert, dass es unannehmbar ist, wenn Schuldentrückzahlungen und Sozialausgaben in keinem Verhältnis stehen. Gleichzeitig müssen wir betonen, dass unverhältnismäßig hohe Militärausgaben ebenso inakzeptabel sind.

Die genannten Reformen brauchen Zeit und sind nur schrittweise durchzuführen. Deshalb ist es wichtig, dass die Schuldenerlassprogramme Zeichen von gutem Willen und Opferbereitschaft auf seiten der ärmeren Länder Schritt für Schritt mit konkreten Schuldenerlassmaßnahmen verbinden. Vor diesem Hintergrund erweist sich die derzeitige Initiative der Weltbank zugunsten der schwer verschuldeten armen Länder (HIPC) – zumindest in diesen Tagen vor dem G8-Gipfel in Köln – als unangemessen. Sie muss vor allem schneller durchgeführt werden, damit die ärmeren Länder schneller einen Schuldenerlass erlangen. Dies verlangt eine größere Flexibilität und mehr Hochherzigkeit. Bei der Bewertung des Prozesses gilt es vor allem zu bedenken, dass der Arme die Kosten für Unentschlossenheit und Verzögerungen zu tragen hat.

Klar ist auch, dass konkrete Wege zur Finanzierung dieses von uns vorgeschlagenen weitreichenden Schuldenerlasses gefunden werden müssen. Um die Forderung eines Schuldenerlasses im Zusammenhang mit dem Jubiläum durchzusetzen, muss man einen neuen Konsens über den Wert der internationalen Zusammenarbeit finden und sich über deren Struktur verständigen. Die staatliche Entwicklungshilfe ist heute so niedrig wie eh und je. Ohne eine neue Finanzspritze von seiten der Industrieländer sind die Bemühungen der internationalen Währungsinstitutionen in großem Umfang gehemmt.

Wir wollen nun kurz die internationale Zusammenarbeit betrachten und schauen, wie sie sich auf die Frage der Verschuldung auswirkt.

Der himmelschreiende Unterschied zwischen der starken wirtschaftlichen und finanziellen Globalisierung und den bescheidenen internationalen Solidaritätsstrukturen springt hierbei sofort ins Auge. Und die Kluft wird immer größer, weil wir es mit zwei unterschiedlich schnell ablaufenden Prozessen zu tun haben. Die wirtschaftliche Globalisierung nimmt auf den modernen Autobahnen rasch und ungehindert ihren Lauf, während die Globalisierung der Solidarität langsam auf alten, schmalen Landstraßen dahinschleicht und in Dörfern und Städten ins Stocken gerät. Wir verfügen noch nicht über die angemessenen Strukturen, um diese Elemente, die das „Gemeinwohl“ einer globalisierten Welt bilden, zu erkennen und zu bewahren. In einem Staat trägt die Regierung eine besondere Verantwortung für die Verteilung des Reichtums. In der globalisierten Wirtschaft gibt es aber noch keinen eindeutigen Garanten für diese Verteilung.

Darüber hinaus ändert sich in dieser komplexen Geographie der internationalen Zusammenarbeit ständig die Beziehungsland-

schaft, das heißt, die jeweiligen Rollen der Regierungen und des Privatsektors. Die staatliche Entwicklungshilfe ist auf einem historischen Tiefpunkt und in der Vergangenheit wegen Fehler und falscher Maßnahmen zum Teil auch in Misskredit geraten. Direkte private Investitionen spielen eine neue Rolle, weil sie sehr oft für größere Kapitalflüsse vom Norden in den Süden verantwortlich sind. Den armen Ländern erklärte man, ihre Zukunft hänge mehr davon ab, dass sie für Investitionen als für finanzielle Hilfen Anreize böten.

Die privaten Kapitalflüsse schaffen sicherlich neue Arbeitsplätze und tragen zum Wirtschaftswachstum der armen Länder und zu ihrer Integration in die Weltwirtschaft bei. Doch sie erreichen nur eine begrenzte Zahl von Ländern.

Direkte private Initiativen können auch zu dauerhafteren Partnerschaften führen, in denen beide Partner die Risiken tragen und der Investor ein größeres Interesse am Erfolg seines Unternehmens hat. Man muss sich aber fragen, welche Auswirkungen sie auf die Arbeitsbedingungen und die Umwelt haben. Es handelt sich oft nur um kurzfristige Investitionen und Kapitalflüsse; sie können sich nur allzu leicht als Spekulationen entpuppen und schnell wieder zurückgenommen werden. Der Investor kann sich für das Entwicklungsland als vorteilhafter Partner erweisen, er ist aber öfters ein untreuer Liebhaber, taucht ein attraktiverer oder billigerer Partner auf, ist die Ehe vorbei. Wir müssen mehr tun, um dem Privatsektor seine sozialen Verantwortlichkeiten klarzumachen.


Der Schlüssel zu wirklich tragfähigen Modellen wirtschaftlicher Zusammenarbeit besteht in dem, was Papst Johannes Paul II: als „Subjekthaftigkeit der Gesellschaft“ (Centesimus annus, Nr. 49) bezeichnet hat. Es gilt daher, solche Modelle zu finden und in solche Modelle zu investieren. Es geht darum,

sowohl in den Geber- als auch in den Empfängerländern eine größere Beteiligung der Zivilgesellschaft zu erwirken.

Ein neuer Konsens über die Werte der internationalen Kooperation innerhalb der Industrieländer verlangt von allen Bürgern in erster Linie eine Änderung der inneren Einstellung, eine Bekehrung. Und hierfür tragen auch die Kirchen Verantwortung. Wirtschaftlicher Wohlstand im Norden kann leicht auch zu Gleichgültigkeit führen, wirtschaftliche Rezession hingegen Angst auslösen. In beiden Fällen besteht die Reaktion im Denken an sich selbst. Man erkennt nicht, dass die Integration aller Länder – einschließlich der ärmeren – im Interesse aller liegt, und zwar unabhängig von der eigenen Wirtschaftslage. Ein Wirtschaftssystem, das große Teile der Bevölkerung im Randdasein belässt, ist in sich zerbrechlich und moralisch unhaltbar. Einbeziehung ist deshalb sowohl ein wirtschaftlicher als auch moralischer Imperativ.

Eine Sicht der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Prinzipien der Subjekthaftigkeit der Gesellschaft verlangt in den Industrieländern, dass zuallererst in Menschen und ihre Fähigkeiten investiert werden muss. Der eigentliche Motor von Wirtschaftswachstum ist nicht der Markt – er ist gleichsam nur Mittel –, sondern die Kreativität, Innovation und Arbeit des Menschen. Die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen und in die Verbesserung ihrer menschlichen und technischen Fähigkeiten zu investieren, ist die wichtigste Investition im Hinblick auf eine erfolgreiche Wirtschaft.

Industrieländer und Entwicklungsländer müssen solidarisch zusammenarbeiten. Der Harvard-Wirtschaftswissenschaftler Jeffrey Sachs spricht von einem „gemeinsamen Stewardship aus Armen und Reichen“. Die armen Länder – und wir sprechen hier von 85 % der Bevölkerung – müssen an der Ge-



staltung einer gemeinsamen Zukunft beteiligt werden. Für diese Beteiligung sind aber radikale Pläne erforderlich. Es genügt nicht, neben den G7-Staaten noch andere 7er, 8er-Gruppen oder dergleichen zusammenzuführen. Wahre Kooperation gründet in Solidarität und Teilhabe und muss die Bürger und nicht nur die ranghöchsten Vertreter eines Landes einbeziehen. Für ihren Erfolg ist die „Übernahme“ der Entwicklungsprojekte durch das Volk wesentlich, und dies gilt auch für Schuldenerlassprogramme.

An dieser Stelle möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf einen besonderen Aspekt der Schuldenfrage lenken. Es ist paradox, dass man von den ärmeren Ländern gleichsam als deren Beitrag zur Lösung des Problems eine größere Transparenz in ihrer Regierung und ihrer Wirtschaft verlangt, während die Verhandlungen um den Schuldenerlass nur allzu oft unter größter Geheimhaltung geführt wurden, so dass weder den Parlamenten noch den Menschen in den Entwicklungsländern umfassende Informationen zuteil werden durften. In einem System, in dem die führenden Länder der „freien Welt“ Entscheidungen treffen wollen, von denen die freien Bürger ärmerer Ländern nicht die ganze Wahrheit wissen dürfen, ist etwas faul. Eines der erklärten Ziele westlicher Entwicklungspolitik ist die Errichtung freier demokratischer Gesellschaften. Schuldenerlass muss daher so gestaltet und durchgeführt werden, dass er Demokratie und Beteiligung fördert.

Es mag den Anschein erwecken, dass ich mich in meinen Ausführungen von der Ausgangsfrage: ‚Was tut also der Päpstliche Rat für Gerechtigkeit und Frieden, um den Appell des Papstes zu fördern?‘ weit entfernt habe. Ich habe vor allem versucht, deutlich zu machen, dass die Frage der internationalen Verschuldung nur im Rahmen eines neuen Konsenses über Zusammenarbeit und Entwicklung zu lösen ist, der die Wiederherstel-

lung einer dauerhaften Gleichheit der Menschen und Völker zum Ziel hat.

Wenn ich von „Wiederherrichtung“ und „Wiederherstellung“ gewisser ursprünglicher Beziehungen unter den Menschen spreche, dann möchte ich daran erinnern, dass die Weltbank nach dem Zweiten Weltkrieg als Bank für den Wiederaufbau gegründet wurde, und zwar vor allem für den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Strukturen in Europa. Heute dürfen – in einer Wirtschaft, in der Menschen die treibende Kraft sind –, die Weltbank und andere Institutionen ihre Rolle nicht darin sehen, Gebäude oder Finanzstrukturen wieder aufzubauen. Sie müssen vielmehr in erster Linie auf die Wiederherstellung der Gleichheit der Menschen und Völker hin arbeiten.

Der erste Schritt ist heute wie in der Zeit des Alten Testaments, die Ursachen für anhaltende Ängste und Ungleichheiten zu beseitigen. Und in diesem Zusammenhang ist die Auslandsverschuldung zu einem Symbol für einen notwendigen Gesinnungswandel geworden. Wenn unsere Industrieländer ihre Gesinnung und ihr Verhalten ändern und nicht mehr nur die äußeren und oberflächlichen Aspekte des Konsums betrachten würden, stünden die Mittel zur Verfügung, um das Problem der Verschuldung der ärmsten Länder zu bewältigen.

Der Päpstliche Rat für Gerechtigkeit und Frieden bemüht sich, die Aufmerksamkeit auf die dringliche Frage der Verschuldung sowie auf einen notwendigen Konsens in der Frage der Zusammenarbeit und Entwicklung zu lenken. Deshalb hat er betont, daß die Appelle einen großen Kreis von Adressaten erreichen müssen: arme und reiche Länder, internationale Institutionen, den Privatsektor und Nicht-Regierungs-Organisationen. Auch in der Kirche und bei ihren Gläubigen ist ein radikaler Gesinnungswandel notwendig. Das Jahr 2000 ist ein entscheidender und

symbolischer Augenblick. Wir müssen darauf hinwirken, dass eine möglichst große Zahl von Staaten, die einen Schuldenerlass brauchen, aus dem Jahr 2000 einen größtmöglichen Nutzen ziehen. Das neue Jahrtausend soll mit einem neuen und ausgeglicheneren Modell der Beziehungen unter den Völkern beginnen.

Die Geschichte lehrt uns, was geschieht, wenn Ängste schwären. Die Geschichte lehrt uns auch, und hier komme ich auf die Worte zu Beginn meiner Ausführungen zurück, dass hohe Ideale und Träume eines Tages Wirklichkeit werden können. Die Geschichte hat ihre Höhepunkte. Wahrer Realist ist deshalb, wer sie möglich macht.

Bischof Diarmuid Martin, gebürtig in Dublin/Irland; 1969 zum Priester geweiht; nach ergänzenden Studien in Rom seit 1977 für die Päpstliche Kommission Justitia et Pax tätig; seit 1994 Sekretär dieser Kommission; am 6. Januar 1999 zum Bischof geweiht. Im Auftrag des Vatikans hat er an verantwortlicher Stelle als Repräsentant des Hl. Stuhls an großen Weltkonferenzen teilgenommen (z.B. 1992 Rio, 1994 Kairo, 1995 Peking, 1996 Istanbul etc.) und koordiniert z.B. die Kontakte des Vatikans mit der Weltbank.